

An die  
Energie Control GmbH  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 189  
1045 Wien  
T 05 90 900-DW 4222 F 05 90 900-269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W [wko.at/up](http://wko.at/up)

Ergeht per Email  
[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/721/Kr	4222	28.11. 2011
	Mag. Cristina Kramer		

## Stellungnahme der Wirtschaftskammer Österreich zur SNT-VO Strom 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für den zur Verfügung gestellten Novellierungsentwurf der Regulierungskommission der Energie-Control über die Anpassung der Systemnutzungstarife für Strom und nimmt dazu wie folgt Stellung:

### 1. ALLGEMEINES

Mit der vorliegenden Verordnung werden die Systemnutzungsentgelte erstmals im Rahmen der neuen Verfahrensregeln gemäß ELWOG 2010 von der Regulierungskommission der Energie-Control festgelegt.

Mit der SNT-VO 2012 werden in erster Linie das Netznutzungsentgelt und das Netzverlustentgelt neu festgesetzt und begleitend einige Bestimmungen angepasst. Die Tarifänderung erfolgt auf Basis eines mehrjährigen Systems der Anreizregulierung, das die Kostenbasis der Unternehmen anhand eines vorgegebenen Kostenpfades vorgibt.

Festgelegt werden weiter die Entgelte für Mahnungen, für vom Netzbenutzer veranlasste Änderungen von Messeinrichtungen, für die Abschaltung und Wiederherstellung des Netzzugangs, die Ablesung sowie die Überprüfung von Messeinrichtungen auf Kundenwunsch. Die Höhe der

festgelegten Entgelte orientiert sich an den von den Netzbetreibern bisher verrechneten Entgelten, wobei insbesondere auf die soziale Verträglichkeit Bedacht genommen wurde.

## **2. ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN**

### **Zu § 4 Bestimmung des Netznutzungsentgeltes**

#### 1. Netznutzungsentgelt für die Netzebenen 1 und 2

Es wird festgestellt, dass die bisher gleichen Tarife der Bereiche Österreich und Tirol sich nun stark unterscheiden. Die Bruttokomponente in Österreich erhöht sich um 13,9 %, während in Tirol eine Senkung von 13% erfolgt. Die Tarife sind damit im Bereich Österreich um 31% höher als in Tirol und um 6,5% höher als in Vorarlberg.

Die Nettokomponente Arbeit erhöht sich im Bereich Österreich ebenfalls um ca. 6%, während dieser Tarif in Tirol um 29,3 % sinkt, wobei diese Tarife bisher gleich waren. Die Nettokomponente Leistung war bisher ebenfalls gleich, steigt in Österreich um 6,25 % und in Tirol um 5,75 %.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Höhe der Bruttokomponente im Teil Österreich sehr bedeutsam ist. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Erhöhungen der Bruttokomponente nicht nur der Austrian Power Grid zugutekommen, sondern für Tarifsenkungen verwendet werden könnten.

#### 2. Netznutzungsentgelt für die Netzebenen 3 bis 7 im Netzbereich Steiermark

Die WKÖ begrüßt grundsätzlich die Tarifsenkungen im Netzbereich Steiermark, weil damit ein wichtiger Schritt zur Angleichung der steirischen Netztarife an den Österreichschnitt gesetzt wird. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass auch mit dem vorliegenden Entwurf die steirischen Netztarife in den NE 4, 5, 6 und insbesondere 7 gemessen immer noch deutlich über dem Österreichschnitt liegen.

Der steirische Netznutzungstarif in den Netzebenen 4 bis 7 liegt also um 10 bis 27 % über dem österreichischen Durchschnitt. Damit ist ein für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Steiermark doch ein sehr deutlicher Kostennachteil verbunden. Die WKÖ fordert daher für die steirischen Industriebetriebe, die stark exportorientiert sind und sich mit ihren Kosten am Weltmarkt zu orientieren haben, nachdrücklich eine Angleichung der Netznutzungsentgelte des Netzbereiches Steiermark an den österreichischen Durchschnitt. Historische Argumente

und der Hinweis auf die nach wie vor bestehende Vielzahl kleinerer EVUs kann bekanntlich im Exportgeschäft nicht als Argument für höhere Kosten herangezogen werden.

#### **Zu § 4 Abs. 1 Z 3 bis 5 Netznutzungsentgelt**

Eine Absenkung bzw. Aussetzung der Leistungspreisverrechnung in Niedertarifzeiten sowie eine größere Spreizung zwischen den Hochtarif- und Niedertarif-Arbeitspreisen würde insbesondere energieintensiven Unternehmen ermöglichen, kurzfristig verfügbaren Überschuss-Strom insbesondere aus Laufwasserkraftwerken und Windkraftanlagen verstärkt zu nutzen.

Viele dieser Unternehmen könnten so den Brennstoffeinsatz in den oftmals fossil befeuerten Eigenerzeugungsanlagen kurzfristig reduzieren. Hohe Kosten für den höheren Leistungsbezug während nur weniger Nachtstunden pro Jahr verhindern aber die energiepolitisch sinnvolle Umstellung der Unternehmen von Eigenversorgung auf Fremdstrombezug.

Der zusätzliche Nutzen dieser Maßnahme: Grundlastkraftwerke können mit einem höheren Anlagenwirkungsgrad betrieben werden, auch die Netze würden besser ausgelastet. Die zusätzlich übertragene Energie würde über den Arbeitspreis die Erlöse der Netzbetreiber erhöhen und sich damit günstig auf die Netztarife der übrigen Kundengruppen auswirken. Nicht zuletzt würde sich diese Maßnahme auch positiv auf die CO<sub>2</sub> Bilanz auswirken.

Die WKÖ schlägt daher vor, in § 4 Abs. 1 der Systemnutzungstarife-Verordnung 2012 eine Ergänzung einzufügen, wonach der Leistungspreis in Kundenanlagen mit Lastprofilmessung nur während der Peak-Zeiten verrechnet wird. Die Bestimmungen über die Ermittlung des Netzzutrittsentgelts bzw. des Netzbereitstellungsentgelts würden davon unberührt bleiben.

#### **Zu § 4 Abs. 1 Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke**

Im Vergleich zum Vorjahr soll der Leistungspreis für Pumpspeicherkraftwerke von 100 Cent je kW und Jahr auf 200 Cent verdoppelt werden.

In Zeiten, in welchen der Ökostromausbau EU-weit massiv forciert wird, tragen Pumpspeicherkraftwerke wesentlich zur Bereitstellung der notwendigen Regelernergie bei. Pumpspeicherkraftwerke finanzieren sich aus der Preisdifferenz zwischen Base-load und Peak-load an den internationalen Strombörsen.

Grundsätzlich wird seitens der Wirtschaftskammer Österreich festgehalten, dass jede Entlastung der Endkunden bei den Netztarifen wünschenswert ist und daher begrüßt wird.

Es ist jedoch zu hinterfragen, ob die Tarifierhöhung kostenmäßig begründet ist und ob durch die geplante Erhöhung des Leistungspreises die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Anlagen und der geplanten Projekte verschlechtert wird.

Da wir keinen Zugang zu den Berechnungsgrundlagen haben, können wir diese Frage noch nicht beurteilen. Die vorgesehene Anhebung des Leistungspreises sollte nochmals diskutiert werden, insbesondere im Hinblick auf die den Pumpspeicherkraftwerken in den nationalen und internationalen Energiestrategien zugeteilte Rolle bei der Umgestaltung des europäischen Energiesystems,

### **Zu § 8 Bestimmungen des Systemdienstleistungsentgelts**

Einleitend zu den Anmerkungen zu § 8 dürfen wir an dieser Stelle vorbringen, dass die gesetzlich vorgesehene Einbeziehung der Arbeitskosten der Sekundärregelung in die Systemnutzungstarife dem Grundsatz der Kostenverursachungsgerechtigkeit widerspricht. Damit ist diese Regelung verfassungswidrig und nicht mit dem EU-Recht vereinbar.

Im Detail wird zu § 8 angemerkt, dass die Höhe des festgelegten Tarifes nicht nachvollziehbar ist. Auch den Erläuterungen ist keine Erklärung für die Höhe des Tarifansatzes zu entnehmen. Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen marktkonformen Ausschreibung der Sekundärregelung gemäß § 69 ElWOG, steigen laut Entwurf die Tarife für die Systemdienstleistung um über 20% an.

Unter konservativer Annahme der Verrechnungsbasis von mindestens rd. 61 TWh Bruttostromerzeugung pro Jahr (entsprechend 85% der Stromproduktion im Jahr 2010 mit 1% Eigenbedarf) ergäbe sich aus diesem Tarifansatz ein jährliches Geldvolumen von rund 72 Mio. Euro aus der Systemdienstleistung, und damit rd. 92 Mio. Euro als Volumen für Sekundärregelung, welches im Verhältnis zu anderen Märkten für Sekundärregelung (zB in Deutschland) wohl nicht als Kosten zu erwarten sind.

Daher ist es naheliegend, dass der Tarifansatz nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Abdeckung der anteiligen Kosten aus der Sekundärregelung ermittelt wurde, sondern weitere Komponenten Eingang gefunden haben müssen. Aus diesem Grunde ist diese Bestimmung der Tarifverordnung abzulehnen.

Wir ersuchen daher um eine entsprechende transparente Erläuterung der Tariffindung hinsichtlich Berechnungsmethode und Kostenbasis.

### **Zu § 13 Ausgleichszahlungen - Sondersituation Netzbereich Steiermark**

Die WKÖ begrüßt grundsätzlich die Ermittlung von Ausgleichszahlungen. Allerdings sind die Auswirkungen der Kostenfeststellungsverfahren der E-Control erst mit der gegenständlichen Verordnung erkennbar geworden.

Das Ergebnis im Netzbereich Steiermark ist aber für die WKÖ nicht nachvollziehbar. Denn damit werden Ausgleichszahlungen von effizient geführten Verteilnetzunternahmen mit vergleichsweise niedrigen Kosten an weniger effizient geführte Unternehmen mit hohen Kosten verordnet. Es ist nicht einzusehen, dass strukturbegünstigte, vor allem städtische Unternehmen, die selbst mit den deutlich über dem österreichischen Durchschnitt liegenden hohen Tarifen des Netzbereiches Steiermark wirtschaftlich nicht das Auslangen finden können, von Unternehmen mit niedrigeren Kosten aber strukturellen Nachteilen „gestützt“ werden. Solche Transferzahlungen sind strikt abzulehnen, da damit kein Anreiz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Betrieben mit hohen Kosten verbunden ist. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die umfassende Stellungnahme der WKO vom 9.9.2011 im Hinblick auf die strukturellen Gegebenheiten der Steiermark. Nach unseren Überprüfungen und allgemein anerkannten und wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen müssten umgekehrt strukturell bevorzugte Unternehmen die niedrigere Kosten haben Ausgleichszahlungen leisten.

Die gemäß SNE-VO 2012 zu erfolgende neue Verrechnung der Bruttokomponente mit hohen Zahlungen des jeweiligen Netzbetreibers verzerrt sicherlich das Bild auf die eigenkostenbasierten Ausgleichszahlungen. Daher drehen sich in einzelnen Fällen konkret die Zahlungsströme um bzw. werden durch die Verrechnung der Bruttokomponente für die jeweilige Abgabe an Endverbraucher noch deutlich größer. Jedenfalls erscheint diese Vorgehensweise objektiv nicht geeignet die strukturellen Fakten in geeigneter Weise zu berücksichtigen. Außerdem sollten festgestellte Erlösüberhänge generell zur Reduktion der hohen Netznutzungsentgelte im Netzbereich Steiermark verwendet werden und nicht als Transfer für Unternehmen mit zu hohen Kosten zulasten aller steirischen Kunden.

Die Wirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen und um entsprechende Überarbeitung des Verordnungsentwurfes. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leidl  
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser  
Generalsekretärin